10. Im Ergebnis der strafprozessualen Verdachtshinweisprüfung ist zu entscheiden

- ob von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abzusehen .
- die Sache an ein gesellschaftliches Organ der Rechtspflege zu übergeben oder
- ein Ermittlungsverfahren einzuleiten ist.

Die Autoren halten den der bisherigen rechtlichen Regelung der StPO innewohnenden prozessualen Formalismus, der insbesondere in der vom § 98 StPO geforderten Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei jeglicher Verdachtsbegründung einer Straftat und bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen der Strafverfolgung zum Ausdruck kommt, für eine nicht mehr adäquate Widerspiegelung der gesellschaftlichen Voraussetzungen und Erfordernisse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unter den veränderten internationalen Lagebedingungen.

Trotz Begründung des Verdachts einer Straftat kann es im Einzelfall unter Berücksichtigung aller politisch, politisch-operativ und strafrechtlich relevanten Umstände zweckmäßig und angebracht sein, auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu verzichten. Dabei stellt sich letztlich die Frage, ob entsprechend den aktuellen sozialökonomischen, politischen" und juristischen Voraussetzungen mittels einer oder mehrerer Verdächtigenbefragung(en) einschließlich weitergehender strafprozessualer und anderer politisch-operativer Maßnahmen bei bestimmten Straftaten und Straftätern die Funktionen des sozialistischen Strafverfahrens verwirklicht werden können, ohne daß es zumindest der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bedarf.